



GRUNDLAGENPAPIER

Schulpolitik in Schaffhausen

Einleitung

Im Februar hat das Schaffhauser Stimmvolk das neue Schulgesetz wuchtig mit 70% Nein-Stimmen verworfen. Im März 2010 lehnte die Stadtbevölkerung nach einem intensiven Abstimmungskampf die Einführung geleiteter Schulen deutlich ab. Das Schaffhauser Stimmvolk hat damit gezeigt, dass das Schaffhauser Stimmvolk nichts wissen will von teuren und bürokratischen Schulexperimenten mit zweifelhaftem Nutzen. Vor allem wollen die Schaffhauserinnen und Schaffhauser die Schulen in Dörfern und Quartieren erhalten, statt mit teuren Reformen die Standorte gefährden. Trotz den klaren Willensbekundungen des Volkes wollen die Regierung und alle anderen grossen Parteien die Bürokratisierung und Technokratisierung an den Schulen weitertreiben.

In diesem Grundlagenpapier hält die SVP des Kantons Schaffhausen pragmatische Grundsätze fest, die Leitlinien für das neue Schulgesetz bilden können. Statt die Verwaltung noch mehr aufzublähen, sollen vermehrt Schwerpunkte bei der Lehrerselektion und -Ausbildung gesetzt werden. Bildung wird vermittelt durch Menschen, durch Lehrer-Persönlichkeiten, an denen sich Schüler orientieren können. Die Autorität des Klassenlehrers ist der Schlüssel für mehr Disziplin und Ordnung an unseren Schulen. Heilpädagogen und Schulsozialarbeiter können meist nur kurzfristig helfen und Symptome bekämpfen.

In der aktuellen Diskussion über die Führung unserer Schulen ist es der SVP ein zentrales Anliegen, dass es weder einen kantonalen Zwang zur Einführung von Schulleitungen noch einen finanziellen Fehlanreiz dazu gibt. Nach dem Modell der SVP obliegt es der Schulbehörde und dem Gemeinderat, gewisse Aufgaben an den Schulvorsteher (gestärkte Form) zu delegieren, und zwar nur im Bedarfsfall. Wenn die Schulbehörde z.B. die Lehrerqualifikation weiterhin selbst durchführen möchte, muss den Gemeinden diese Möglichkeit offen bleiben. In kleinen, übersichtlichen Gemeinden ist der Ausbau einer Schulleitung weder finanzierbar noch zweckmässig. Gleichzeitig darf der Kanton keinen finanziellen Fehlanreiz schaffen, um den Gemeinden die Schulleitungen (und andere Verwaltungsstellen) über die Hintertür aufzuzwängen: Konkret heisst das, dass die Kostenbeteiligung des Kantons nicht anhand der angestellten Verwaltungsstellen berechnet werden darf. Die Finanzierungsbeteiligung hat sich ausschliesslich an der Anzahl Schüler pro Stufe und deren sozialer Stellung zu orientieren, nicht aber von einem spezifischen Angebot (z.B. für Schulleiter, Schulsozialarbeiter etc.). Gemeinden mit schlanken Strukturen sollen belohnt werden, Gemeinden mit aufgeblähten Strukturen sollen diese selbst finanzieren. Das ist das beste Mittel zur Verhinderung von unverhältnismässigen Kosten und überbordender Bürokratie.

Im Zentrum aller Reformen müssen das Wohl des Kindes und die Qualität der Ausbildung stehen. Die Lehrer müssen ernst genommen und bei Reformen miteinbezogen werden.



Die zehn Grundsatz-Forderungen der SVP Schaffhausen

Forderung 1: Bestehende Vorsteherschulen müssen gestärkt werden! Wir brauchen eine Führung der Schulen, aber ohne teure Bürokratie!

Schulleitungen wie bisher vorgeschlagen sind zu teuer und führen zu mehr Bürokratie. Erfahrungen aus anderen Kantonen haben gezeigt, dass solche Schulleitungen dazu neigen, den Schulbetrieb mit unnötigem Formalismus und Papierkrieg zu belasten. Die Lehrkräfte sollen sich wieder vermehrt dem Unterricht widmen können und brauchen nicht bevormundet zu werden. Das Vorsteherprinzip hat sich grundsätzlich bewährt. Die Vorsteherinnen und Vorsteher haben eine Leitungsfunktion innerhalb der Lehrerkollegien, verfügen über einen wichtigen Praxisbezug als Lehrer und können kleinere Probleme unbürokratisch im Schulhaus lösen. Die SVP Schaffhausen will, dass das bestehende System der Schulen mit Vorsteherinnen und Vorsteher gestärkt wird. Die Schulbehörde soll die Durchführung der Lehrerqualifikation, Weisungsbefugnisse für den operativen Schulbetrieb und administrative Tätigkeiten an den Schulvorsteher delegieren können, und zwar nur im Bedarfsfall. Die Anstellungskompetenz muss bei der Schulbehörde bzw. beim Gemeinderat bleiben. Mit der Beibehaltung von Schulvorstehern wird das Abstimmungsergebnis der Stadt Schaffhausen respektiert.

Forderung 2: Demokratisch legitimierte Schulbehörde erhalten!

Die SVP Schaffhausen will, dass die Organisation der Schulführung bei der Gemeinde bleibt und die bisher bewährten Schulbehörden (bzw. Stadtschulrat) beibehalten werden. Damit ist gewährleistet, dass bei Problemen eine vom Volk gewählte, übergeordnete Behörde einschreiten kann. Es ist der SVP Schaffhausen ein Anliegen, dass demokratisch legitimierte Vertreter und mit der Nähe zum praktischen Schulbetrieb und nicht die Verwaltung das letzte Wort in Schulsachen haben.

Forderung 3: Inspektoren müssen wieder mehr in den Schulen präsent sein.

Die kantonalen Inspektoren sollen zur Sicherstellung der Erreichung der inhaltlichen Lernziele ihrer Ausbildung entsprechend wie früher die fachliche Lehrerbeurteilung vornehmen, und zwar mindestens alle vier Jahre einmal. Damit werden zwei Fliegen auf einen Schlag erledigt: Erstens können damit die Schulbehörden entlastet werden. Zweitens wird es endlich weniger Projekte an den Schulen geben, da im Erziehungsdepartement kein Personal mehr dazu vorrätig ist. Somit bleibt auch mehr Zeit für den Unterricht an den Schulen. Eine Reduktion der Anstellungspensen der Inspektoren ist zu prüfen, insbesondere bei der Übernahme von Qualifikationsaufgaben durch die Vorsteher.

Forderung 4: Bedarfsgerechte Förderung statt Integration um jeden Preis.

Die Integrative Schulform (ISF) verlangt die Auflösung der Sonderklassen. Schüler mit Lerndefiziten und Verhaltensauffälligkeiten werden den Regelklassen zugeordnet. Dahinter steckt wirklichkeitsfremdes Wunschenken, alle Kinder seien gleich und deshalb gleich zu behandeln. Um die massiven Unterschiede auszugleichen, schickt man Heere von Heilpädagogen in die Regelklassen. Das Resultat sind Chaos im Klassenzimmer und verzweifelte Lehrer. Statt die Kinder bedarfsgerecht zu fördern, vollzieht sich eine allgemeine Verschlechterung schulischen Lernens. Im Kanton Zürich werden sehr negative Erfahrungen mit der Integrativen Schulform (ISF) gemacht. Es hat sich gezeigt, dass in den Regelklassen keine adäquate Betreuung stattfinden kann und Lehrpersonen in der Regelklasse mit schwierigen Kindern oft



überfordert sind. Zu viele Bezugspersonen pro Kind wirken negativ. Bei Problemen werden Kinder oft in so genannte Timeout, Einzelunterricht oder Übergangslösungen geschickt. Die SVP Schaffhausen fordert die Beibehaltung der Sonderklassen. Meist ist die Individualbetreuung besser als die Integration um jeden Preis. Das Kind wird mit weniger Bezugspersonen konfrontiert.

Forderung 5: Faire Finanzierungsbalance ohne Fehlanreize.

Die Kostenbalance zwischen Kanton und Gemeinden muss weitergeführt und fair gestaltet werden, damit den Gemeinden ausreichend finanzieller Handlungsspielraum bleibt. Gleichzeitig dürfen bei der Änderung der Finanzierung auf keinen Fall mit neuen Subventionen Fehlanreize für die Aufblähung des Verwaltungsapparates geschaffen werden. Die Finanzierungsbeteiligung hat sich ausschliesslich an der Anzahl Schüler pro Stufe und deren sozialer Stellung zu orientieren, nicht aber von einem spezifischen Angebot (z.B. für Schulleiter, Schulsozialarbeiter etc.). Gemeinden mit schlanken Strukturen sollen belohnt werden, Gemeinden mit aufgeblähten Strukturen sollen diese selbst finanzieren.

Forderung 6: Absenzen gehören ins Zeugnis! Noten statt wortreiche Beschreibung der Soft-Kriterien.

Die Zeugnisse sind so auszugestalten, dass sie jedem Aussenstehenden (Eltern, Lehrmeister) eine sichere Leistungsbeurteilung eines Schülers ermöglichen. Wortreiche Umschreibung von «Soft-Kriterien» schüren Misstrauen der Öffentlichkeit der Volksschule gegenüber.

Die Absenzen sind ein wichtiges Indiz für die Disziplin eines Schülers und entsprechend wertvoll für künftige Lehrmeister. Sie gehören deshalb ins Zeugnis. Unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Forderung 7: Eltern in die Verantwortung einbinden.

Die Eltern sind verantwortlich für die Erziehung ihrer Kinder. Eltern, die ihre Verantwortung nicht wahrnehmen und Anweisungen der Schule nicht befolgen, sollen gebüsst werden können. Ausländische Eltern mit Aufenthaltsbewilligungen sollen beim Ausländeramt gemeldet werden, sofern sie sich wiederholt den Anweisungen der Schule widersetzen.

Forderung 8: Keine Schlechterstellung selbsterziehender Eltern bei der Finanzierung von Krippen, Horten und Mittagstischen.

Bereits heute werden junge Eltern regelrecht dazu ermuntert, ihre Kinder möglichst früh in fremde Obhut zu geben. Der Staat subventioniert Krippen, Horte und Mittagstische, gewährt Vergünstigungen und Steuerabzüge. Diese einseitige finanzielle Bevorzugung der Fremdbetreuung gegenüber schafft falsche Anreize und ist unfair gegenüber allen Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen. Eltern sollten bei der Erziehung ihrer Kinder die freie Wahl haben, ob sie ihre Kinder selbst erziehen, teilweise oder ganz fremdbetreuen lassen. Ein staatlicher Anreiz und somit eine Beeinflussung dieses Entscheides für die eine oder andere Form ist unangebracht und stossend. Die elterliche Erziehungsarbeit verdient die genau gleiche Wertschätzung als die Berufstätigkeit.

Forderung 9: Aufblähung der Schulverwaltung stoppen, Lehrer stärken.

In den letzten Jahren hat an unseren Schulen eine schleichende Bürokratisierung stattgefunden. Nicht das Schulsystem, nicht das Schulmodell oder die Grösse der Verwaltung entscheidet über die Qualität der Volksschule. Der Bildungsauftrag lebt vom Engagement und der beruflichen Qualität der Lehrkräfte. Bildung wird vermittelt durch Menschen, durch Lehrer-Persönlichkeiten, an denen sich Schüler orientie-



ren können. Die Autorität des Klassenlehrers ist der Schlüssel für mehr Disziplin und Ordnung an unseren Schulen. Heilpädagogen und Schulsozialarbeiter können nur kurzfristig helfen und Symptome bekämpfen. Die SVP fordert die Rückkehr zum Klassenlehrer und Reformen bei der Lehrerselektion und Ausbildung.

[vorbehältlich Ja-Parole zur Volksinitiative «Schaffhausen ohne HarmoS»]

Forderung 10: Lerninhalte und Schulstufen harmonisieren, aber ohne Zwang durch ein Konkordat. Wir wollen uns den grösstmöglichen Handlungsspielraum erhalten!

Ein Schulübertritt von einem Kanton zum anderen stellt den Schüler vor Probleme. Deshalb macht es Sinn, die Lerninhalte und Schulstufen kantonsübergreifend zu vereinheitlichen. Das von der Erziehungsdirektoren-Konferenz ins Leben gerufene Projekt «HarmoS» schießt aber weit über dieses Ziel hinaus und zwingt unsere Schulen zu unsäglichen Reformen, die gar nichts mit der besagten Harmonisierung zu tun haben. So verlangt «HarmoS» die Einführung von staatlichen Kinderbetreuungsstätten und die Finanzierung von Kursen in ausländischer Kultur und Sprache für Migrationskinder. Bereits fordern die HarmoS-Technokraten die Integrative Schulform (ISF), Schulleitungen und Team-Teaching. Das sind alles Reformen, die nicht im geringsten mit dem ursprünglichen Harmonisierungsziel zu tun haben und uns teuer zu stehen kommen werden.

Konkordate sind zutiefst undemokratisch. Konkordatsrecht bricht kantonales Recht. Mit HarmoS wird die Erziehungsdirektoren-Konferenz (EDK) zur Schattenregierung, die Kantone und Gemeinden haben nichts mehr zu sagen.

Schaffhausen fährt besser ohne HarmoS. Die Schulstufen und Lerninhalte können auch ohne HarmoS harmonisiert werden. Viel wichtiger ist aber, dass wir unseren Schulen die zahllosen und unsäglichen Reformen nicht aufzwingen müssen und uns auch in Zukunft den Handlungsspielraum erhalten können.

SVP des Kantons Schaffhausen

Werner Bolli
Parteipräsident

Kurt Walter
Parteisekretär